

Volksmacht

Die Volksmacht erscheint wöchent-
lich einmal am Sonnabend.
Bezugspreis monatlich 35 Pfg.,
vierteljährlich 1,00 Mk., einschließl.
Trägerlohn. In den Abholstellen
monatlich 30 Pfg. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 1,02 Mk.
ausschließlich Bestellgeld. Einzel-
nummer 10 Pfg.

Anzeigenpreise:
Die Spaltenzeitzeile 25 Pfg.,
für auswärtig 30 Pfg., die Zei-
tspaltenzeitzeile 30 Pfg., An-
zeigermarkt und Wohnungsanzeigen
10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestim-
mung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt
laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Nr. 16

Danzig, Sonnabend den 21. April 1917

8. Jahrgang

Weltenwende.

Der imperialistische Raub hat den Freistaat und die freie Bourgeoisie von Nordamerika ergriffen und kein Deckmantel verhüllt dort die Kriegursache. Denn diese Bourgeoisie stand nicht unter absolutistischer oder feudaler Vormundschaft. Sie kennt keine allmächtige Bureaucratie noch eine herrschende Offizierskaste. Weber der Heimatboden noch das Heimatvolk war bedroht und um nichts ging der Streit als um das Recht und die Freiheit des Exports und der Schifffahrt innerhalb eines abgegrenzten Kriegsgebiets. Man kann nicht sagen, daß kein Volk ohne Ahnung der Kriegsschrecken in den Krieg hineingezogen worden ist. Der allgegenwärtige Film hat das Grausen der Menschenschlächtereie durch viele Monate bis in die kleinsten Siedelungen ausgebreitet. Und damit der Gegenseitig voll werde: Diese Bourgeoisie war durchaus und ehrlich pazifistisch veranlagt und hat eben erst einen pazifistischen Professor unter dem Stichwort „Friede und Wohlfahrt“ zu ihrem Präsidenten gewählt. Wie bei einem physikalischen Versuch scheint da das Problem in peinlicher Reinheit herausgearbeitet und von allen störenden Nebenursachen befreit. Kein absoluter, kein Zwangs-, kein Behörden-, kein Militärstaat, ja nicht einmal Militär. Keine kriegerische Ueberlieferung, keine Erbfeindschaft. Nicht der Schatten einer ernsthaften Bedrohung. Keine Gefährdung anderer Leben als jener, die trotz Warnung die Gefahr suchen, und so wenige Leben im ganzen, daß sie gegenüber den Todesopfern eines einzigen Schlachttages nicht einmal zählen! Und trotzdem nimmt diese Bourgeoisie um einfacher Handels- und Seefahrtsinteressen, die im besten Falle nur sehr kurze Zeit beeinträchtigt werden und niemals dauernd bestritten worden sind, einen Krieg aus freien Stücken auf sich!

Und auch dort hat sich das Proletariat bis auf geringe und unernste Ausnahmen leidenschaftlich gegen den Krieg gewehrt. Auch dort ohne Erfolg, obschon ein Mindestmaß organisierter Gewalt ihm entgegenstand.

Es ist der imperialistische Raub der bourgeoisen Welt, der sein letztes großes Opfer geholt hat. Es ist auf Erden keine kapitalistische Großmacht mehr, die außerhalb des Krieges stünde. Die Vereinigten Staaten waren ausersuchen, die reinste Probe des Imperialismus zu liefern. Und ihr Krieg ist frei von allen Beimischungen, die das Urteil verwirren könnten. Man wende nicht die Rassengemeinschaft der Nordamerikaner und der Engländer ein. Wir kennen viele Länder, in denen Rassengleichheit und Rassennähe nicht das geringste bewirkt haben. In Wahrheit ist die anglikanische Bourgeoisie dies- und jenseits des Atlantischen Ozeans dieselbe Bourgeoisie. Sie lebt seit langem in den gleichen Rechts- und Wirtschaftsformen, die im Punkte der wirtschaftlichen Beherrschung der Welt und im Punkte der Seebeherrschung zuweisen rivalisiert hat. Allezeit war sie aber von der gleichen Auffassung beherrscht, daß die See ihre gehört. Dekonomisch läßt sich dies Verhältnis so ausdrücken: England war bis zum Kriege in Amerika Mitaktionär. Im Kriege hat sich dieser Anteil ausgeglichen, vielleicht sogar umgekehrt. Solche Gemeinschaften erzeugen Reibungen, bleiben jedoch nichtsdestoweniger sehr reale Gemeinschaften. Die anglikanische Bourgeoisie des Mutterlandes und die über See in Nordamerika, Australien und Südafrika führt den Krieg um die wirtschaftliche Beherrschung der See und damit der Welt gemeinsam.

Daß diese letzte Phase des Krieges möglich war und eintrat, beweist vollends, wie tief und ganz die Welt vor dem Kriege bürgerlich war. Wie sehr ihr die Bourgeoisie noch das Gepräge und das Gezeg gab und wie weit vom nah geschauten Ziele praktisch noch das Proletariat entfernt war.

Der Apostelkaiser des Sozialismus hatte wohl die Geister schon mächtig erregt. Aber die Idee war den tatsächlichen Machtverhältnissen weit vorausgeeilt, wie immer. Sie hat eine soziale Kräfteverteilung vorausgenommen, die in den Dingen noch nicht war. Wohl mußten wir alle, daß der Bourgeois die herrschende, der Arbeiter die beherrschte Klasse sei. Aber die volle Wucht dieses noch immer Beherrschtheins wird erst ganz offenbar darin, daß in dem freiesten Lande der Welt, in dem Hundertmillionenreich ohne Bureaucratie und ohne Militarismus, der Kriegswille der schmalen bourgeoisen Oberschicht triumphiert über die unendliche Mehrheit friedliebender Farmer und Arbeiter, triumphiert durch die meisterhafte Beherrschung der Maschinerie der öffentlichen Meinung allein.

Und an einem zweiten Kennzeichen verrät sich der bourgeoise Charakter des Zeitalters. Der Friedenswille des heidenhaften russischen Proletariats, sein revolutionärer Emanzipationskampf bewirkt die in der Geschichte vielleicht bedeutsamste und folgenschwerste, die fast undenkbar gehaltene Umwälzung. Er stürzt den Zarismus und führt den Zaren Nikolais in die Peter-Pauls-Festung. Was er aufbauen hilft, das ist vorläufig die Republik der russischen Bourgeoisie, deren imperia-

listische Wortführer am Tage nach der Revolution das Wort vom sofortigen Frieden in das vom Endsieg umzudeuten suchen. Eine neue Größe ist in die Geschichte eingeführt, die russische Bourgeoisie, die von nun ab unter eigenem Namen auf die Tribüne der Welt tritt. Eine Bourgeoisie besonderen Geistes. Eine literarisch überheizte, in der Verschwörerromanik eines Jahrhunderts politisch herangereifte, große, selbstbewußte Bourgeoisie, deren Tatkraft nicht gelähmt ist. Deren Gesichtskreis weder eingeengt ist durch Kleinbürgerschrullen noch durch schöngeistige Behäbigkeit. Die durch ihren langen Leidensweg allein schon befreit ist von allen Strupeln und Bedenklichkeiten. Was sich die Welt und was sich Ruhlands Proletariat von ihr zu versehen haben, ist noch ungewiß.

Der Krieg hat so gründlich die hüllenden Decken von der Welt gerissen, daß er in einer kurzen Spanne Zeit die bourgeoise Staatsform, die repräsentative Republik oder parlamentarische Monarchie, zur vorherrschenden Verfassung gemacht hat. Vom Atlantischen bis zum Stillen und vom Stillen bis zum Atlantischen Ozean. Darin hat er sich als eine der Eolomotoren der Geschichte erwiesen; darin hat er das Testament des Konvents vollstreckt. Und soweit scheint er politisch der Triumph des bourgeoisen und kapitalistischen Systems, daß er bei seinem Beginn den Vorboten aller späteren Gesellschaftsgestaltungen, die Internationale des Proletariats und des Sozialismus, äußerlich zum Zerfall und innerlich zur Ohnmacht verurteilt hat. Die Welt genießt so den Segen des Kapitalismus und Imperialismus rein und voll!

Nicht erstaunlich und leider allzu begreiflich, daß tiefe Niedergeschlagenheit, Verzweiflung und Verwirrung viele Sozialisten ergriffen hat. Daß die Unmenschlichkeit eines solchen Krieges Herzen zerrissen und Gehirne zerstört hat. Wer nicht bloß in Gedankensystemen lebt, sondern den Menschen selbst liebt, wie er leidet und schafft, und das Wert seiner Arbeit achtet, findet beim Anblick so vieler vernichteter Menschen und so viel zerstörter Arbeit auch darin kaum einen Trost, daß durch diesen Jammer hindurch der Weg zum Sozialismus führt. Das ist der bitterste Vorwurf wider den Imperialismus, daß er uns zu Bettlern macht, bevor wir frei werden sollen. Daß er den ganzen stolzen Reichtum aus vieler Jahrhunderte Kulturarbeit in Schutt und Asche lehr, auf daß wir den Boden in einer Art wilder Feldbrandwirtschaft neu urbar machen sollen. Das Proletariat war durch die stille Entwicklung der Wirtschaftskräfte berufen, in der Fülle der Zeit der Erbe einer reichen Welt zu werden und Kulturstaaten zu höherer Kultur zu führen. Früher als zu seiner Zeit wird es nun berufen sein, kranke Völker, verschuldete Staaten und verarmte Volkswirtschaften in Pflegehaft zu nehmen!

Uns, die wir diese Katastrophe miterleben, dünkt ein armseliger Trost die Erkenntnis, daß der große äußerliche Triumph, der bourgeoisen Welt zugleich ihren Zusammenbruch vorbereitet. Jedermann begreift nun bei der jähen Ueberstürzung der Entwicklung, daß das Wort von der Konzentration des Kapitals, von der Proletarisierung der Massen, selbst von der Verelendung der Völker durch den Kapitalismus kein vages Schlagwort mehr ist. Selbst den auf ihre Kollegienliste eingeschworbenen Professoren wird es schwer werden, sich über die Verelendungs- und Katastrophentheorie vom Kapital hämisch auszulassen, von dem Segen des Kapitals und von der moralischen Erleichterung durch den freien Wettbewerb zu predigen. Der Nachruf, der dem Krieg in den Gerichtssälen aller Länder wird, überschreit alle Katastropheweisheit.

Aber eine Freude, auf solche Weise recht zu behalten, ist es uns darum doch nicht!

Heute, wo sich alle bürgerlichen Bereicherungsarten in der Treishausruhe des Krieges ausdrücklich hervordrängen, ist es ein leichtes, sie zu veranschaulichen. Sie sind gemeinver- ständlich geworden, ohne die Beihilfe einer erklärenden Lehre. Die von Ueberlieferungen geheiligte Grundrente wird sofort durchschaut, wenn der Verbraucher Sündenpreise für das einfachste Naturerzeugnis bezahlt. Der Profit des ehrlichen Kaufmannes büßt das Vorurteil seiner Ehrbarkeit ein durch die Strafandrohung wider den Kettenhandel. Und der Zins der Banken bedarf erst dieses Sittenergebnisses nicht. Die Gewinne der Munitionserzeugung und Heereslieferung sprechen am deutlichsten für die, die im strengen Staatsdienst ihre Pflicht bei magerer Kost erfüllen für ihr Land und für ihr Volk. Allüberall steht die magere Kost der Massen den fetten Kriegsgewinnen gegenüber und die Denkkraft gewinnt durch solche Gegensätze. Der Staat selbst mit allen seinen Organen macht sich zum Anwalt dieser Gegensätze und man kann sich ver- lassen, das Wort dieses Anwalts klingt weit wider und lange nach.

Indessen nicht auf diese moralischen Wirkungen noch auf das gereifte Verständnis aller Lehren baut sich unsere Hoff- nung. Der Krieg hat neue Tatsachen geschaffen, die eine andere Welt hinterlassen, als jene war, in die der Krieg eintrat. Die Volkswirtschaft bleibt nach dem Kriege dauernd anders,

als sie war. Man hat berechnet, daß beispielsweise Deutsch- land nach dem Kriege ein Drittel des Nationaleinkommens auf die Verzinsung der Staatsschuld wird verwenden müssen. In Feudalzeiten haben Fremdherrn den Zehnten gefordert, nun verlangt das Rentkapital ein Drittel des nationalen Ar- beitsertrags vorweg. Der Staat soll ihm als Erbeungs- organ dienen und kann dabei nebenher auch für seine Wohl- fahrts- und Kulturzwecke etwas miterheben. Diese Vorweg- belastung ist jedoch so hoch, daß die Kulturfunktion hinter der Funktion der Renteneintreibung zurücktreten muß. Jeder- mann greift mit Händen, daß ein solcher Staat nicht bloß im Maß, sondern auch in der Art ein anderer wäre. Staats- und Volkswirtschaft wandeln sich durch diese eine Tatsache allein von Grund aus, und solcher Tatsachen gibt es die Fülle. Die Aufgaben, die dem Staate für die Kriegsoffer, für die Fort- führung und für den Wiederaufbau der Volkswirtschaft zu leisten obliegen, sind so groß und schwierig, daß er sie ohne die höchste Konzentration aller Kräfte nicht bewältigen kann. Er muß sie erzwingen. Der bourgeoise „Nachwächterstaat“, der sich auf die Ordnung und Sicherheit beschränkte und im übrigen dem freien Spiel der Kräfte vertraute, ist dahin für alle Zeiten. Der Staat aber, der jedem kein Stück Brot umhört und dessen Preis diktiert, kann nicht anders bestehen denn als selbst- gewollte Wirtschaftsgemeinschaft aller seiner Angehörigen. Auf welchem Umwege, unter wie harten Mühen und mit welchen Opfern sich dieses Neue durchlehrt, wissen wir zur Stunde noch nicht. Aber das eine wissen wir, daß die „Wirtschafts- gemeinschaft“ oder zur weichen Sklaverei. So gedanklich die praktische Entscheidung wird das Proletariat für seinen Teil fällen.

Jede Stunde jedoch, die der Krieg länger dauert, und jeder Säugengraben, um den er sich ausdehnt, vertieft und ver- breitet die Kriegswirtschaft und verankert sie fester. Die angelsächsischen Bourgeoisie mag hoffen, daß sie die alleinige Meeresbeherrschung aus dem Kriege heimbringen. Sicher trägt sie die deutsche Brotkarte beim und sicher auch die Schuld- knochenschaft des Staates an das Rüstungskapital. Die papierernen Schuldtitel und die papierernen Bezugsscheine, beide der äußer- liche Ausdruck einer ungeheuren geschichtlichen Katastrophe, sind zugleich die Anzeichen einer inneren Veränderung der Wir- tschaftsverfassung, in der das Proletariat eine ganz andere Rolle spielen wird als vor dem August 1914.

So wahr es ist, daß es die Bourgeoisie der Welt war die als Herrin der Völkergeschichte in den Krieg eintrat. So gewiß ist es, daß sie aus ihm in der gleichen Rolle nicht mehr hervorgehen kann. Und das prophetische Wort, das Karl Marx auf eine ganze Geschichtsepode geprägt hat, wird sich in der überstürzenden Umwälzung des imperialistischen Welt- krieges rascher bewahrheiten: Die Bourgeoisie schafft ihre eigenen Totengräber.

Für Frieden und Freundschaft.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht in ihrer Sonntagsnummer folgende Erklärung:

Die provisorische Regierung in St. Petersburg hat unterm 10. April eine Kundgebung erlassen, die in ihren wesentlichsten Punkten mit den mehrfach wiederholten Erklärungen Deutsch- lands und seiner Verbündeten übereinstimmt. Danach erstreben beide Parteien nichts anderes als die Sicherung des Daseins, der Ehre und der Entwicklungsfreiheit ihrer Völker. Weder im Wunsche noch im Interesse der Mittlemächte liegt es, daß das russische Volk aus dem Kampfe erniedrigt oder in seinen Lebensbedingungen erschüttert hervorgehe. Sie beabsichtigen nicht, Ehre und Freiheit des russischen Volkes anzutasten, und haben keinen anderen Wunsch, als mit einem zufriedenen Nachbarn in Eintracht und Freundschaft zu leben.

Dabei liegt es Deutschland völlig fern, sich in die Neu- ordnung der russischen Verhältnisse einmischen oder gar in der Stunde, wo die russische Freiheit geboren wurde, Ruß- land von neuem bedrohen zu wollen. Der russische Heeresbericht vom 11. d. Mts. 1917, wenn er ein militäri- sches Unternehmen der deutschen Truppen, das von einer unabweisbaren, örtlich begrenzten tatsächlichen Notwendigkeit vor- getrieben war, als eine größere Kriegshandlung von all- gemeiner Bedeutung auffaßt. Wenn das russische Volk noch länger blutet und leidet, statt sich ruhig und ungestört dem inneren Ausbau seiner Freiheit zu widmen, so ist nicht Deutschland daran schuld.

Die Schuld liegt dort, wo Interesse am Fortgang des Krieges besteht. Wo findet der in der Erklärung vom 10. April ausgesprochene Friedenswille des russischen Volkes den ent- scheidendsten Widerspruch? Bei seinen eigenen Ver-

Verbündeten. England, Frankreich, Italien und die ihnen angeschlossenen Mächte haben bei Ablehnung des Friedensangebotes der Mittelmächte es ganz unwechsell ausgeprochen, daß sie nur Frieden schließen würden unter der Bedingung, daß Deutschland weiche, ihm rechtmäßig zugehöriger Länderstraße beraubt, Oesterreich-Ungarn zerstückelt, die Türkei aus Europa verdrängt und in Kleinasien in weitem Umfange aufgeteilt werde. Das russische Volk wird, niemand wird es anders erwarten, den Verpflichtungen gegen seine Verbündeten treu bleiben. Aber das russische Volk soll wissen, daß seine Söhne noch fernherhin kämpfen und sterben müssen, weil seine Verbündeten es so wollen, um ihre eigenen Eroberungs- und Annexionspläne durchzuführen. Das ist der Grund, weshalb Rußland hungern und leiden soll, anstatt sich der neu erzwungenen Freiheit zu freuen und sich im friedlichen Verkehr mit seinen Nachbarn den Werten des Fortschritts und den Idealen der Menschheit zu widmen.

Zugleich veröffentlicht das R. A. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau folgende Verlautbarung:

Die Regierung der österreichisch-ungarischen Monarchie hat von der am 11. April laufenden Jahres veröffentlichten Erklärung der provisorischen Regierung Rußlands Kenntnis erhalten. Sie hat hieraus entnommen, daß Rußland nicht die Absicht verfolgt, andere Völker zu beherrschen, ihnen ihr nationales Erbe wegzunehmen und gewaltsam fremdes Gebiet zu besetzen, daß es vielmehr einen dauerhaften Frieden auf Grund des Rechtes der Völker, ihr Schicksal selbst zu bestimmen, herbeiführen will.

Die österreichisch-ungarische Regierung hat hieraus ersehen, daß die provisorische russische Regierung ein Ziel zu erreichen wünscht, welches sich mit jenem deckt, das der k. und k. Minister des Aeußern in seinem am 31. März laufenden Jahres gewährten Interview als das Kriegsziel der österreichisch-ungarischen Monarchie bezeichnet hat. Es kann demnach festgestellt werden, daß die österreichisch-ungarische Regierung und die provisorische russische Regierung in gleicher Weise einen für beide Teile ehrenvollen Frieden anstreben — einen Frieden, welcher, wie es in dem Friedensangebot Oesterreich-Ungarns und seiner Verbündeten vom 12. Dezember 1916 heißt, Dasein, Ehre und Entwicklungsfähigkeit der kriegführenden Staaten sicherstellt. Die damals ausgesprochene Ueberzeugung der Verbündeten, daß ihre Rechte und begründeten Ansprüche sich mit jenen der anderen Nationen widerspruchlos vereinigen lassen würden, besteht heute nach der Erklärung der provisorischen russischen Regierung im verstärkten Maße fort. Da hier ist der ganzen Welt und insbesondere den Völkern Rußlands klar vor Augen gestellt, daß Rußland nicht mehr gezwungen ist, für seine Verteidigung und für die Freiheit seiner Völker zu kämpfen, kann es bei dieser Gleichheit der Ziele der Regierungen der Verbündeten und der provisorischen Regierung Rußlands nichts schwerer sein, den Weg der Verständigung zu finden — dies um so weniger, als Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich und Apostolische König von Ungarn in Uebereinkommnung mit den ihm verbündeten Monarchen den Wunsch hegt, in Zukunft mit einem in seinen inneren und äußeren Lebensbedingungen gesicherten und zufriedenen russischen Volk in Frieden und Freundschaft zu leben.

Der Glaube, Deutschland führe einen Eroberungskrieg, hat sich infolge der scharfen Kriegszielebitten bei den Gegnern so fest eingewurzelt, daß die Worte der neuesten deutschen Regierungserklärung nicht nur noch nicht dazu hinreichen werden, ihn zu entwurzeln.

In Rußland sollte man aber bedenken, daß die stärkste und zukunftsreichste Partei Deutschlands, die Sozialdemokratie, jede Eroberungspolitik aufs allerheftigste und allerentschiedenste ablehnt, daß sie für einen Frieden eintritt, in keinem verhandelbar und der den Völkern ihr Selbstbestimmungsrecht garantiert.

Sie haben Grund zur Annahme, daß auch die deutsche Regierung heute diesen Standpunkt als berechtigt anerkennt und daß sie sehr leicht gewillt ist, den Krieg zum Abschluß zu bringen in Verhandlungen, in denen sich die Mächte als einander vollkommen gleichberechtigt gegenüberstehen und in denen jeder Gedanke an gewaltsame Gebietsabtretungen ausgeschlossen sein soll.

Ueberdies ermächtigt es der Ozerminische Vorschlag, die Verhandlungen aufzunehmen, ohne daß der Krieg zunächst beendet wird, es steht somit in der Hand der Regierungen, den Krieg vorher zu beenden, wenn sie die Vorteile der Mittelmächte als für sie unannehmbar, nicht mit ihren Interessen in Einklang bringend betrachten können.

Es ist dieser Umstand in Verbindung mit der Tatsache, daß die Regierungen der Mittelmächte dem Drängen ihrer Völker folgten, dem Frieden zuzustimmen, kann allen wirklichen Friedensfeinden im Ausland die Gewißheit geben, daß die Mittelmächte in Verhandlungen treten würden mit dem festen Willen, sie zu einem Frieden, der als ehrenvoller Ausgang zu bringen.

Die deutsche Regierung würde es nicht wagen, von einer Regierung den Krieg zu überbringen, die die Begründung, sie habe dies über ihre Annahmepflichtung nicht durchsetzen können, sondern nur dann würde das deutsche Volk die empfindliche Last eines nach länger dauernden Krieges auf sich nehmen, wenn die Regierungen die Wiederkehr des Friedens von Bedingungen abhängig machen wollten, die sich mit ihrer Ehre und Freiheit nicht vertrügen.

So wie der deutschen Regierung würde es aber jeder Regierung ergehen. Und die Verhandlungen einmal aufgenommen, so müssen sie auch zum Ziele führen, weil es der Ehre aller Völker so verlangt.

Der Gegner wird die Mächte des arbeitenden Volkes in Deutschland zum Kampf in Europa bereit finden, so lange sie davon überzeugt sind, daß die Entscheidung in diesem Kampfe nicht zwischen den Mittelmächten und Deutschland zu entscheiden, sondern zwischen dem arbeitenden Volk und der imperialistischen Götze zu entscheiden ist.

und der Welt einen Frieden zu bringen, der allen Völkern die Freiheit gibt.

Das deutsche Volk will mit dem befreiten russischen Volk in Freundschaft leben; es will darum keinen Frieden, der die Resonanz auf der einen oder auf der anderen Seite anstößt. Nur als Helfer bei Vätern, die auf Deutschlands Zerstückelung und Verschmetterung ausgehen, ist Rußland Deutschlands Feind. Die Freiheit des russischen Volkes aber hat an den arbeitenden Massen des deutschen Volkes einen treuen Verbündeten.

Kriegsnachrichten

Den gefährlichsten Durchbruch bei Arras

beurteilt der bekannte Militärschriftsteller Major a. D. M. O. rahi in: Fassen wir in wenigen Worten zusammen, was die Engländer erreicht haben und was König Georg seinen Feldherrn, Sir Douglas Haig, beglückwünschte: In einer Frontbreite von 20 Kilometer haben die Feinde ihre Angriffe in einer Tiefe von durchschnittlich 4 Kilometer vortragen können. Sechs Tage schweren Ringens haben sie dazu gebraucht, um etwa 80 Quadratkilometer sich anzueignen. Greifen wir etwas vor und schähen wir im Hinblick auf die früheren Erfahrungen während der englischen Durchbruchversuche die Verluste Großbritanniens ein, so werden diese sechs blutigen Angriffstage das englische Heer wenigstens 100 000 Mann gekostet haben. Aber das Ziel? Das lag keineswegs 4 Kilometer östlich unserer alten Fronten zwischen Lens und Arras. Das Ziel war zunächst Douai und dann die belgische Grenze. Mancher englische Heerführer mag sogar von unserer Verdrängung gegen die Maaslinie geträumt haben. Dieses Resultat wollen wir ausdrücklich derjenigen wegen hervorheben, welche schwache Nerven zeigten. Es gibt ja leider in Deutschland noch manche Leute, die das absolute Vertrauen auf unsere geniale Oberste Heeresleitung noch nicht in ihrem Besitz haben. Wenn auch diese Naturen nicht den Ausschlag geben, wo es sich um Fragen des Durchhaltens handelt, so schaden sie doch durch ihr geringes Selbstvertrauen dem deutschen Vaterlande, denn das Ausland achtet auf jene Stimmen und wertet sie in seiner eigenen Art. Wir aber stellen fest, daß unsere Führung noch immer in dem Grundsatz beharrt: Eine Abwehrlschlacht besteht nicht in starren Festhalten jeden Stellungsteils. Eine großzügige Führung scheut sich nicht, die Initiative auch im Zurückbiegen ihrer Front zu sehen. Ihr Ziel ist dabei immer, die ungünstigsten Verhältnisse zu beseitigen, und gut Ding will Weile haben. Auf verschiedene Art kann die Gunst der Verhältnisse wieder hergestellt werden. Durch Zurücknahme hat Hindenburg in Polen und Masuren seinen großen Gegenangriff eingeleitet und seine Entscheidungsschlacht gewonnen.

Stegemann über den deutschen Widerstand an der Aisne.

In einer Betrachtung zur Kriegslage im Berner „Bund“ weist der angesehene schweizerische Militärkritiker Stegemann darauf hin, daß bisher der Durchbruch im Westen der Entente nicht gelungen ist. Er sagt u. a.: Soviel man heute schon erkennen kann, hat der Verteidiger den ersten gefährlichen Augenblick überwunden und die von Lens bis Aubertine kaffende Schlacht ist nach erzwungener Ausrichtung am Drehpfeifen trotz örtlicher Umfassungen wieder zum Abringen frontal verstrickter Kräfte geworden, denen bis jetzt keine Durchbrechung die Bewegungsfreiheit wiedergab. Haben die Deutschen in der Verteidigung tatsächlich nicht mehr als 14 000 Gefangene auf der englischen Front eingebüßt, so wäre selbst bei völliger Aufopferung der in den ersten Linien ver kämpften Besatzungen der Gesamtverlust in Anlehnung der Frontentwicklung der Schlachten erstaunlich gering.

Zerstörung von St. Quentin.

Berlin, 17. April. Seit dem 7. April vormittags wird St. Quentin in zunehmender Stärke von feindlicher Artillerie aller Kaliber beschossen. Zunächst erhielten Feuer Rocourt (Vorort von St. Quentin), das nordwestlich davon gelegene Wallenhaus, Insel (Vorstadt), die Gegend an der Bielle-Ferme und um die historische Windmühle. Seit 8 Uhr vormittags verriete sich das Feuer willkürlich auch auf die übrigen Teile der Stadt. Mehrere öffentliche Gebäude, zahlreiche Privat- und Geschäftshäuser sind durch die Beschließung stark mitgenommen. Um 8 Uhr erhielt der Justizpalast 12 Treffer, ferner wurde das Denkmal auf dem Platz vom 8. Oktober zerstört, um 9 Uhr trafen zwei Schuß das Museum Secouer und auch die Kathedrale wurde durch fünf Treffer schwer beschädigt, ebenso das Latour-Denkmal. Starkes Feuer liegt dauernd auf dem Markt, so daß die Zerstörung des Theaters und des ehrwürdigen Rathauses nur eine Frage der Zeit bildet.

Die kühne Fahrt der Tinto.

Berlin, 12. April. Wie wir erfahren, ist es 28 jungen Deutschen gelungen, in einer navigatorisch und militärisch bemerkenswerten Fahrt von Chile zunächst nach Norwegen und von dort nach Deutschland zu gelangen, um ihre Dienste dem deutschen Vaterlande zur Verfügung zu stellen. Im Monat Dezember des Vorjahres gelang es, in Chile zu diesem Zweck die chilenische Dreimastbarke „Tinto“, 460 Bunker-Registertonnen, die 64 Jahre alt war, zum Preise von 20 000 Pesos zu chartern. Die Barke wurde sowohl mit den nötigen Hilfsmitteln und sogar mit einer Funkstation gut ausgerüstet, als auch reichlich mit Lebensmitteln versehen. Sogar lebendes Vieh wie Schweine, Schafe und Ziegen, und außerdem reichlich Konterden wurden an Bord des Schiffes gebracht. Die Ausfahrt ging nicht ohne Schwierigkeiten von statten, da auf Veranlassung des englischen Konsulats in Santiago eine sehr genaue Durchsuchung des Schiffes erfolgte, so daß ein Teil der Besatzung es vorzog, die Barke zu verlassen und in einem besonderen Fahrzeug auszufahren, um erst später Anschluß an das Schiff zu erreichen. Unter allerley Gefahren glückte aber dieses Unternehmen. Etwa acht Tage später konnte dieser Teil der Besatzung in der Bucht von San Pedro die Barke besorgen. Die Tinto ging nun nordwärts bis zur Höhe der Falklandsinseln, wo zu Ehren der in der Schlacht bei den

Falklandsinseln gefallenen deutschen Helden eine Andacht abgehalten wurde. Das Wetter war sehr abwechselnd, teils herrschte starker Sturm, der das Segelwerk beschädigte oder wegriß, teils vollkommene Windstille, die das Schiff verhin derte, vorwärts zu kommen. Aber alle diese Schwierigkeiten wurden tapfer überwunden und der Äquator und die Azoren passierte. Etwa am 24. März gelangte man in die Nähe der Shollandsinseln in eine Fahrrinne, die von Nordengland nach Amerika führt. Dort begegnete das Schiff einem englischen Kreuzer und einem englischen Hilfskreuzer. Glücklicherweise war das Wetter so stürmisch, daß der englische Kreuzer keine Boote aussetzen konnte, um die Barke genau zu untersuchen. Der Führer des englischen Kreuzers mußte sich deshalb mit den erteilten Auskünften begnügen, daß das Schiff eine Barke sei, die von Liverpool mit Ballast seit einigen Tagen nach Norwegen unterwegs sei. Außerdem war die norwegische Flagge gehißt. Nach längerem Parlamentieren dampfte der englische Kreuzer weiter und die Barke gelangte wenige Tage später unter großen Schwierigkeiten bis in den Drontheim-Fjord, dessen Durchfahrt wieder neue Gefahren bot, weil es nicht gelang, Koffen zu erhalten und das vorhandene Kartensmaterial nicht genügte. Erst zwei Stunden vor Drontheim gelang es, einen Boten an Bord zu bekommen, der das Schiff in den sicheren Hafen geleitete. Die norwegischen Behörden erwiesen sich durchaus entgegenkommend, so daß ein Teil der Besatzung schon wenige Tage später, d. h. Ende März, die Fahrt nach Deutschland fortsetzen konnte. Auch der Rest der Besatzung folgte bald, nachdem das Schiff öffentlich verkauft war, nach. Der Erlös kommt dem Roten Kreuz zugute, da der Besitzer großmütig auf denselben verzichtete. 124 Tage hatte die Fahrt Chile-Drontheim gedauert.

Wirkungen des U-Bootkrieges.

Die feindlichen und neutralen Mächte haben nach vorläufigen Nachrichten im März 861 000 Tonnen durch deutsche Tauchboote verloren. Im Februar, dem ersten Monat des ungeschlossenen U-Bootkrieges, betrug ihre Verluste erst 781 500 Tonnen. Der Januar kostete ihnen nur 439 500 Tonnen. Im Jahre 1916 ergaben sich folgende Rißern:

| | |
|----------------------|----------------|
| Januar-Februar . . . | 238 000 Tonnen |
| März-April . . . | 432 000 „ |
| Mai-Juni . . . | 219 000 „ |
| Juli-August . . . | 273 779 „ |
| September . . . | 254 600 „ |
| Oktober . . . | 393 500 „ |
| November . . . | 408 500 „ |
| Dezember . . . | 415 500 „ |

Im Jahre 1916 2 634 879 Tonnen.

Barbarischer englischer Fliegerüberfall auf Freiburg i. B.

Berlin, 16. April. (Amlich.) Am Sonnabend den 14. April, mittags 12 Uhr, griff ein feindliches Flugzeuggeschwader von zwölf Flugzeugen die offene Stadt Freiburg im Breisgau an. Der Angriff wurde um 5 Uhr nachmittags von zwei weiteren Geschwadern mit zusammen 23 Flugzeugen wiederholt. Dem ruchlosen Ueberfall fielen leider mehrere Menschenleben zum Opfer: sieben Frauen, drei Männer und ein Soldat wurden getötet, 17 Frauen, acht Männer und zwei Kinder verletzt. Die feindlichen Flieger wählten sich als Angriffsziel neben dem Neuen Stadttheater vor allem die Institute und Kliniken der Universität aus. Die Anatomie wurde beträchtlich beschädigt.

Durch unsere wirksamen Gegenmaßnahmen kam der Angriff nicht voll zur Durchführung. Im Verlaufe der sich mit unserer zur Abwehr aufgestellten Fliegern entspannenden Luftkämpfe wurden zwei feindliche Flugzeuge bei Schleifstadt und Markkirch abgeschossen, ein drittes im Luftkampf vereint mit Beschuß von der Erde aus zum Absturz gebracht. Bezeichnenderweise sind sämtliche drei Flugzeuge englische Typen mit englischer Besatzung. Der Führer des Angriffs, ein englischer Oberleutnant, ist dabei in unsere Hand gefallen. Nach seinen Angaben und dem Inhalt eines abgeworfenen Flugblattes war der Angriff eine Vergeltungsmaßregel für die Torpedierung des „Grousester Castle“. Die Berechtigung einer solchen Begründung wird auf das entschiedenste bestritten. Unsere Regierung gab England zeitig genug zu verstehen, daß sie den Verkehr von sogenannten Ozeanenschiffen innerhalb einer genau bezeichneten Zone nicht länger dulden könne. Wenn die Engländer trotzdem unter Mißachtung unserer Warnung und unter dem Mißbrauch des Roten Kreuzes Transporte im Sperrgebiete unternehmen, so müssen sie die Folgen ihrer Handlungsweise tragen.

Aus Rücksicht aber offene Städte anzugreifen, ist ein billiger Kuhm. Militärisch wichtige Objekte, die den Angriff rechtfertigen können, gibt es in Freiburg nicht. So reißt sich dieser Ueberfall würdig den anderen durch nichts begründeten Ueberfällen auf wehrlose jüdische Ortschaften an, ein trauriges Seitenstück zu dem Karlsruhe Kindermord vom 22. Juni 1916.

Fliegeraufmarsch Baldamus gefallen.

Berlin, 16. April. Wieder einer der besten unserer Flieger gefallen. Leutnant der Reserve Baldamus ist im Luftkampf mit einem feindlichen Flugzeug zusammengestoßen und abgestürzt, nachdem er bisher 18 feindliche Flugzeuge abgeschossen hat.

Brasilians Kriegserklärung.

Berlin, 16. April. Der biesige brasilianische Gesandte überreichte dem Staatssekretär des Auswärtigen eine Note, derzufolge die Beziehungen zu Deutschland abgebrochen und die Pässe für die Konsulate erbeten werden.

Deutsche Gesandtschaft in Buenos Aires erkümt.

Haag, 17. April. Das holländische „Nieuws-Bureau“ meldet aus Buenos Aires (Hauptstadt der südamerikanischen Republik Argentinien): Eine Kundgebung zugunsten der Alliierten erzielte damit, daß der nach verschiedenen Ansprüchen zur höchsten Aufregung aufgepeitschte Rüssel durch die Straße stürmte mit dem Rufe: „Töte die Deutschen!“ Die Menge stürmte die deutsche Gesandtschaft und das Konsulat und steckte sie in Brand, doch wurde das Feuer bald gelöscht. Als die

Danziger Nachrichten

Genosse Adolf Bartel

hat in diesen Tagen seine Heimat Danzig verlassen, um die Leitung der Redaktion der 'Königsberger Volkszeitung' zu übernehmen. Mit ihm verläßt uns ein allezeit treuer Freund, der 20 Jahre an führender Stelle in der hiesigen Arbeiterbewegung gestanden und politisch und gewerkschaftlich mit gleichem Eifer gewirkt hat.

Die Königsberger Volkszeitung feierte den Eintritt des Genossen Bartel in ihre Redaktion am 16. April wie folgt mit:

Die Leitung der 'Volkszeitung'

hat Genosse Hermann Jakob, weil er in das Berliner Pressebureau zurückkehren mußte, abgegeben. Durch seine Arbeit an unserer Zeitung hat er die Anerkennung der Leser und unsern Dank verdient. Für ihn ist Genosse Adolf Bartel eingetreten. Bisher war er in Danzig tätig und leitete zuletzt die dortige 'Volkswacht'.

Verlag und Preßkommission.

Massenkundgebung der Danziger Sozialdemokratie

für Frieden, Brot und gleiches Recht.

Manche Massenversammlung hat die historische Stätte der Danziger Arbeiterbewegung, der Schützler Bürgergarten, schon vor dem Kriege gesehen: Die großen Streikversammlungen des Jahres 1901, die eindrucksvollen Wahlrechtsdemonstrationen von 1910. Aber auch hier in Danzig hat erst die Not des Krieges die Massen mobil gemacht.

In allen Ländern ist die Friedenssehnsucht gewachsen, nur eine kleine Schicht möchte noch überall den kommenden Frieden hintertreiben. Zwar tobt jetzt noch in Westeuropa die gewaltige Schlacht bei Arras und fordert unheimliche Blutopfer. Aber aus dem Osten wird wohl diesmal auch die Sonne aufgehen, die den Frieden bringen wird.

nicht zum Hunger werden brauchen, wenn die Produktion und Verteilung der Lebensmittel sofort und besser geregelt worden wären. Neun Tage nach Kriegsausbruch unterbreitete der Vorstand der sozialdemokratischen Partei der Regierung eine Reihe Forderungen, um den kommenden Schwierigkeiten in der Nahrungsmittelversorgung zu steuern.

Massenversammlungen in Danzig.

Seit einiger Zeit machte sich unter den Arbeitern in den Danziger Großbetrieben eine Bewegung geltend, die in erster Linie eine bessere Lebensmittelversorgung zum Zwecke hatte. Am Montag, den 16. April zogen Arbeiter dieser Betriebe beträumelnd Regen vor das Rathaus.

Obgen. Witzig begab sich der Zug der Ausständigen zur Arbeiterwerkstatt und der Gewerkschaft. Mit den Arbeitern dieser Betriebe und denen der Eisenbahnwerke bewegte sich der Zug zur Dittbahn in Ddra, woselbst eine große, einige tausend Teilnehmer zählende Versammlung abgehalten wurde.

Die Erregung unter der hiesigen Arbeiterkchaft in unserer Linie durch die ungenügende Organisation der Lebensmittelversorgung verursacht worden. Der Oberbürgermeister habe in der Rücksprache erklärt, daß die Verminderung der Menge von der Reichsregierung nach sorgfältiger Prüfung der Vorräte erfolgte, woran nichts geändert werden könne.

Die Versammlung in Ddra nahm einen ähnlichen Verlauf. Daß es in Danzig zu diesen Demonstrationen und Versammlungen kam, ist im wesentlichen der Unzufriedenheit der Ar-

beiter über die unzureichende Versorgung mit Lebensmitteln zuzuschreiben. Als nun noch das falsche Gerücht aufstauete, daß die Brotzufuhrkarten für Schwer- und Schwerstarbeiter fortfallen sollten, wuchs die Erregung unter den Arbeitern der Großbetriebe derartig an, daß sie beschloßen, nunmehr die Regelung dieser Angelegenheit selber in der geschäftlichen Weise zu besorgen.

Die von den Arbeitern geltend gemachten Beschwerden sind von der Danziger 'Volkswacht' seit langem — leider ohne Erfolg — erhoben worden. Viel Unmut ist auch durch die rückständige Haltung des Danziger Magistrats dadurch verursacht worden, daß er den Angehörigen der Arbeiter die von allen Großstädten gewährten Zuschüsse zur staatlichen Kriegsunterstützung immer noch verweigert.

Erhöhte Unterstützung der Kriegsfamilien. Der Magistrat von Schöneberg hat im Hinblick auf die Teuerung beschlossen, den Gemeindevorschlag zu den Sägen der Kriegsunterstützung für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer vom 1. Mai dieses Jahres ab auf 100 Prozent der jetzt gültigen Reichslöhne zu erhöhen.

Kampfweg.

Kein Mensch kann es den Einwohnern von Heubude verbieten, wenn sie in mancher Hinsicht das großstädtische Glück geringer als ihre früheren dörflichen Verhältnisse schätzen. Von am zweiten Ostertage das prächtige Sommerwetter zu einem Ausfluge nach dem schönen Dirschdahl verlockt, mußte sonderbare Beobachtungen über höhere Gewalt machen.

Beim Fleischoverkauf

machen sich die Mängel stark bemerkbar, daß es keine städtischen Verkaufsstellen gibt, sondern das Fleisch durch Privathändler abgegeben wird. Was wir über das wechselnde Brotgewicht schreiben, wird uns noch stärker über das sehr abnehmende Gewicht des Fleisches geklagt.

übrig läßt. Das Fleisch ist eben in vielen Abstufungen vorhanden. Deshalb wünschen viele Hausfrauen, daß der Magistrat in den Bestimmungen über die wöchentliche Fleischmenge möglichst häufig auch die geltenden Fleischpreise veröffentlichen soll. Von dieser Forderung erwarten sie eine wesentliche Besserung des jetzigen Zustandes. Die für die Verkaufsstellen angeordneten Preistafeln sind meist schwer zu lesen. Die wiederholten Veröffentlichungen besitzen aber auch nicht beherrschende Autorität.

Danzig. Die Fleischermelker Hermann Küßbrandt und August Voth sind Mitglieder der städtischen Fleischverteilungskommission. Sie hatten sich vor dem Schöffengericht wegen Abgabe von Fleisch ohne Fleischkarte zu verantworten. Er verkaufte an 2. 50 Pfund Fleisch und gab an, daß es aus seinem „Leberschuh“ stamme. Wegen Unzuverlässigkeit im Handel ist ihm das Gehalt auf vier Wochen geschlossen worden. Voth wurde aus seinem Amt entfernt. Das Schöffengericht erkannte auf eine Geldstrafe von 50 M. für jeden der Angeklagten. — Die Beurteilung ist um so bezeichnender, als der Magistrat in Danzig die Interessen der Händler gar nicht genug fördern kann und der öffentlichen Verteilung mit stärkster Abneigung gegenüber steht. Letztendlich scheint es, als ob Küßbrandt Fleischvertreiber geblieben ist.

Ein Danziger Schildbürgerstücken.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung beschwerte sich der Stadtverordnete Casel darüber, daß die Normaluhr in Langfuhr niemals in Ordnung sei. Hierdurch würden vielen Postanten, Schulkindern und Soldaten große Unannehmlichkeiten bereitet. Stadtrat Fehlhauer erklärte hierauf, daß er sich schon mehrmals darum bemüht habe, die Uhr in Ordnung bringen zu lassen. Der betreffende Uhrmacher hätte aber immer keine Zeit gehabt. Um die unangenehmen Folgen der falschen Zeitangabe zu verhüten, wolle man sie in Zukunft verhängen lassen! Das ist sicherlich auch das beste und grobstädtische Mittel um Mißstände zu beseitigen. Nur nicht ein Uebel gründlich ausrotten, sondern nur schamhaft seine sichtbaren Zeichen zu decken. So heiterleiserregend der Fall auch ist, so schwerwiegend sind leider die Folgen, die solche Methoden in anderen Fragen noch größere Bedeutung haben müssen. Die verhängte Normaluhr ist für die herrschende Danziger Rathausrichtung tatsächlich das richtige Zeichen der Zeit.

Saatkartoffel-Streckung.

Man schreibt uns: Da Saatkartoffeln in diesem Jahre knapp sind, ist es unsere Pflicht sie zu strecken. Es ist dies wohl möglich nach folgenden zwei Verfahren, wenn sie sorgfältig nach Vorchrift ausgeführt werden.

1. Das Teilen der Kartoffeln: Die kräftigsten Augen sitzen an einem Ende der Knolle. Schneide die Kartoffel einmal so der Länge nach durch, daß an jeder Hälfte einige dieser am Kopfende sitzenden Augen sich befinden. Lasse die Schnittflächen abtrocknen. Dann lege wie ganze Knollen.

2. Kopfabschnitte. Schneide die Kopfenden der Knollen mit den kräftigen Augen mindestens 1-1 1/2 Zentimeter stark ab und lege sie in einen luftigen, trockenen Raum zum abtrocknen. Sie halten sich derartig gelagert einige Wochen, so daß von den Kartoffeln der tägliche Bedarf stets die Köpfe abgeholt werden können. Der Rest der Knolle dient Speisezwecken. Die abgetrockneten Kopfabschnitte lege nach Mitte April ins freie Land, etwa 10 Zentimeter tief, mit der Schnittfläche nach unten, 35 Zentimeter weit in den Reihen, diese in 50 Zentimeter Abstand von einander.

Danziger Stadttheater

Die Frau vom Meer. Schauspiel von Ibsen.

Wie in „Nora“, so behandelt Ibsen auch in obigem Schauspiel die bürgerliche Ehe. Nur nimmt in „Frau vom Meer“ die Ehe einen anderen Ausgang als dort. Nora trennt sich nach langen Jahren von ihrem Mann, als sie erkennt, daß sie demselben nur eine Puppe und ein Spielzeug seiner Sinnlichkeit ist. So ist also dieses Stück eine heilige Anklage gegen die heutige bürgerliche Ehe. Die Frau vom Meer findet einen anderen Ausgang. Mehrere Jahre lang hat sie in der Ehe das Glück nicht gefunden, das der Liebe dienen soll. Ohne Liebe war sie einst ihrem Mann geliebt. Es war eine Auferstehung gewesen, bei der der wackelhende Doktor Wangel die arme Tochter des Leuchtturmwärters geliebt hatte. Eine dämliche Gewalt über sich zu tun, um in dem Geliebten ihrer Jugend einen Seehäher zu bekommen, das war die Aufgabe der Treue gewesen. Da kommt der Seemann plötzlich wieder und macht seine Rechte geltend. Ein heftiger Kampf entbrennt in ihrem Innern. Ein Kampf zwischen der Sehnsucht nach Frieden und des Lebens an der Seite des meerbesessenen Seemanns einerseits und der Forderung für ihren Mann, der ihr in all den Jahren ein treuer Kamerad gewesen ist. Da gibt Wangel seine Frau frei. Nicht die Gewalt soll sie an seiner Seite halten. Nun kann sie frei und unter eigener Verantwortung wählen und tritt in die Arme ihres Mannes. Der Frieden geht davon.

Die Aufführung des interessanten Wertes fand unter dem guten Stern. Aufserordentlich stimmungsvolle nordische Szenenbilder hat die Schloßleitung des Theaters Schoppe geschaffen. Die Rolle des Seemanns gab die Frau vom Meer. Sie ist die Rolle in wohlwollender Herzensgüte darstellend. Als man in der Unterprobe herbeigekommen abgesehen die höhere Erkenntnis des Spiels der Augen, die Geben und die Sprache. Kilmier Herr als Gane sowie Charaktere der Rolle und Walter Herr als Seemann als Lehrer haben gespielt. Die gute Schloßleitung hat die Rollen sehr gut dargestellt. Die Aufführung des Stückes war ein großer Erfolg. Die Schloßleitung hat die Aufführung sehr gut durchgeführt.

Sittliche Gefühlsgrundlagen

und Einsicht forderte die Danziger Neuzeit Nachrichten als ihr nachgewiesen war, daß sie den Ruf der getragenen Frau Kleinig voreilig und unbegründet vor ihren Lesern schwer bemerkt hätte. Dieses furchtbare bequeme Moralisieren über — Andere ist dem Ernst des Falles gegenüber, wie wir bereits darlegten, mehr oberflächlich als gründlich, wenn es nicht bloß ein von der Verlogenheit und mangelnder Einsicht eingegebenes Spiel mit blinkenden Worten ist. So spielend gestreift und lassen sich die in das Privatleben hineinreichenden schweren Probleme des Kriegs doch nicht aus der Welt schaffen. Hier rollen sich Ursachen und Wirkungen auf, die nicht ernst genug betrachtet werden können. Der furchtbare Ausgang des Falles Kleinig ist dafür Beweis genug. Man muß also gerade von denen, die sich berufen fühlen in diesen Dingen wegweisend zu urteilen, tiefste unerschütterlich wahrhaftige Einsicht und auch starke sittliche Gefühlsgrundlagen fordern. Dann nur würde solche höfliche Nachsicht durch die Presse nicht vorkommen können; dafür würde eher, was allein wertvoll ist, die Möglichkeit vorbeugender Einwirkung geschaffen werden. Alle schon im Frieden überlebte Schablonen sind in der Weltkatastrophe dieses Krieges erst recht nicht mehr angebracht.

Sparverein Arbeiter-Druckerei Westpreußen.

Der weitere Ausbau unserer Volkswacht ist eine Notwendigkeit, die nicht frühzeitig genug vorbereitet werden kann. Die finanzielle Grundlage dazu soll durch den Sparverein Arbeiter-Druckerei geschaffen werden. Seine Entwicklung ist nicht ungünstig gewesen. Seine weitere Förderung liegt nicht bloß im Interesse der Volkswacht, sondern nützt vor allem auch den Genossen, die sich an ihm beteiligen, persönlich. Alle Einlagen bleiben Eigentum der Einzahler und werden wie in einer Sparkasse mit 3 1/2 Prozent verzinst. Der Sparverein ist somit die eigene Sparkasse der organisierten Arbeiterschaft. Ihre Benutzung kann nur dringend empfohlen werden. Anmeldungen, die gegen Zahlung eines Eintrittsgeldes von 50 Pfennig erfolgen können, und Einzahlungen nimmt die Genossin Zils, Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32, entgegen. Sie erledigt auch andere Angelegenheiten, wie Auszahlungen usw.

Jeder überzeugte Arbeiter, der sich des überragenden Wertes der Presse für unsere Zukunfts- und Friedensarbeit bewußt ist, sollte die Mitgliedschaft erwerben und sich so ein Sparguthaben anlegen.

Aus Westpreußen

Ohra.

Die Herabsetzung der wöchentlichen Brotmenge von 1750 auf 1580 Gramm trifft Ohra besonders schwer, weil nicht gleichzeitig Ersatz in anderen Nahrungsmitteln gegeben wurde. Während es schon zu Anfang der Woche das kleinere Brot gab, wird die erhöhte Fleischration erst am Wochenabschluß gegeben. Um diese Härte zu beseitigen, ließ die Gemeinde am Donnerstag 26 Zentner Hafergrütze verteilen. Die erhöhte wöchentliche Fleischmenge soll bestehen aus 400 Gramm Fleisch und 100 Gramm Wurst. Kinder unter sechs Jahren erhalten die Hälfte. Davon müssen 250 Gramm 70 Pf. unter dem Höchstpreis verkauft werden. Bei Kindern beträgt der Zuschuß 35 Pf. Die Ueberweisung des Schlachtwiehs an die Gemeinde geschieht nach Lebendgewicht. Wenn die Tiere sich zum Schlachten wenig eignen, kann es vorkommen, daß das volle Gewicht nicht gegeben werden kann. Doch auch dann müssen die 250 Gramm, die den Ertrag für Brot bilden, unbedingt geliefert werden. Die Wurst wird an einer Stelle hergestellt und an die Fleischer nach der Zahl ihrer Kunden verteilt. Kartoffeln gibt es fünf Pfund wöchentlich. Bei genügender Zufuhr kann die Menge noch erhöht werden. Sind fehlerhafte Kartoffeln darunter, soll durch Mehrgewicht der Schaden ausgeglichen werden. Die Butterverfälschung Ohras läßt immer noch zu wünschen übrig. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß Ohraer Arbeiter sind nicht früher zufrieden, als bis sie in bezug auf die Fettverfälschung mit ihren Danziger Kollegen gleichgestellt sind. Diese Forderung ist gerecht und billig. Wir erwarten, daß die dafür verantwortlichen Personen diesen Standpunkt mit Nachdruck der Fettverfälschung gegenüber vertreten werden. Ohne Fett kann niemand auf die Dauer auskommen. Am allerwenigsten die schwer arbeitende Bevölkerung. Die bisher gelieferte Menge war vollständig ungenügend. Darüber besteht keine Meinungsverschiedenheit.

Bei der Gemeinde war ausländischer Schinken zum Preise von 5.50 Mark pro Pfund angekauft. Dieser sollte bis Juni aufbewahrt werden, weil in diesem Monat die Fleischverfälschung am schwierigsten ist. Die Ware wird aber sofort zum Höchstpreis verkauft, jedoch unter Einrechnung in die wöchentliche Fleischmenge. Der entstehende Verlust wird durch Reich, Staat und Gemeinde gedeckt.

Das Weichsel-Hochwasser

hat einen Umfang und Größe erreicht, wie seit Jahren nicht. Aus allen Gebieten, die der Weichselstrom durchquert, kommen Hochspitzen über schwere Ueberflutungen und damit in Verbindung stehende Hochwasserschäden. Erfreulicherweise ist das Wasser, soweit die Nachrichten, bis jetzt vorliegen, überwiegend zum Stehen gekommen, so daß die Hoffnung besteht, daß die bis jetzt angerichteten Schäden nicht noch größeren Umfang annehmen.

Aus Schulin (Posen) wird gemeldet, daß das Wasser in der Stadt beinahe den Marktplatz erreicht. Bei Osterode und von dem aus bildet die Weichsel einen gewaltigen See, der bis zur Thaussee reicht.

Im Gebiet der Graudmjer Weichsel haben die Ueberflutungen einen Umfang wie seit Jahren nicht erreicht. In der Stadt ist das Wasser bis an den Bromensadenweg am Fuße des Schloßberges. Am kritischsten macht sich das Hochwasser jenseits des Dammes in den Niederungsgebieten bemerkbar. Dort haben sich inmitten von Gärten und Feldern Seen von teilweise großem Umfang gebildet; auf

einzelnen Grundstücken ragen nur noch die Gebäude aus dem Wasser, so daß der Wirtschaftsbetrieb erschwert ist. In Thorn erreichte das Hochwasser der Weichsel an ersten Osterfeiertag seinen höchsten Stand und begann dann zu fallen. Die Uferstraße an der Defensionskaserne ist überschwemmt. Die Güterschuppen auf dem Platze vor derselben stehen meterhoch im Wasser, ebenso auch die Bahngleise der Uferbahn und auf der Strecke nach dem Winterhafen. Die Hauptbahnhofe sind die Ueberflutungen durch Quellwasser 1/2 Meter tief überflutet, so daß der Fuhrwerksverkehr nur mit Schwierigkeiten aufrecht zu halten ist. Die Rämpeländerungen bei Ploettere, Raszyorel, Balkau und Rudal, sowie die Weier und Bänderen der städtischen Rämpen stehen tief unter Wasser.

Grudenz, 14. April. Seit über einer Woche ruht der Betrieb der städtischen Gasanstalt wegen Kohlenmangels vollständig, und so ist denn, wie der „Gesellige“ schreibt, eine Bevölkerung von 45 000 Zivilbewohnern und über 20 000 Militärpersonen ohne Gasbeleuchtung, ohne die Möglichkeit auf Gas zu kochen, ohne Gasmotoren und andere Gasheizmaschinen benutzen zu können. Mehrere hundert Familien, die keinen Kohlenherd mehr haben oder deren Hausbrandkohlen durch den harten Winter längst aufgebraucht sind, haben seit dieser Zeit weder Mittag kochen, noch Kaffee oder andere warme Getränke bereiten können.

Aus der Partei

Von den „Unabhängigen“.

Der Zentralleitung der in Gotha offiziell neugegründeten Partei der Unabhängigen gehören an: Haase und Ledebour als Vorsitzende, Dittmann und Frau Zieg Sekretäre, Hofer, Wengels und Lankau als Beisitzer. Obwohler die Partei angeblich das Ueberwachen der Parlamentarier betätigt, befinden sich unter den 7 Vorstandsmitgliedern 4 Abgeordnete. Zum Beirat gehören: Sepp Dertter, Braunschweig, Dittmann, Hamburg, Henke, Bremen, Dittmann, Frankfurt, Gräß, Remscheid, Banse, Halle und Schneckbacher, Hanau. Als „Organisationslinien“ der neuen Partei beschloß die Osterkonferenz:

Sie steht in grundsätzlicher Opposition zum herrschenden Regierungssystem, zur Kriegspolitik der Reichsregierung und zur dem von Parteivorstand in Regierungsjahrwasser geführten Politik der nominalen Partei. Zur Unterscheidung von dieser Partei führt die Organisation der Opposition den Namen „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“.

Programm und Organisation der Partei sind nach den im Kriege neu gewonnenen Erkenntnisse auszugestalten, was im vollem Umfange erst möglich ist, wenn die im Heeresdienst stehenden Parteigenossen zurückgekehrt und die Grundlagentheorie einer freien Ausprägung wieder hergestellt sind.

Mehr als diese sehr dehnbaren Sätze würde die Frage interessieren, welche Stellung die neugeschaffene Partei zur Frage der Landesverteidigung einnimmt. Bis zur Gothaer Tagung standen sich hier die Ansichten der „Arbeitsgemeinschaft“ und der Gruppe „Internationale“, aber auch die Ansichten innerhalb der Arbeitsgemeinschaft scharf gegenüber. Die einen lehnen jede Landesverteidigung prinzipiell ab, die andern bejahen sie prinzipiell, leugnen nur den Charakter des jetzigen Krieges als einen Verteidigungskrieg, die dritten (wie z. B. Ledebour) machen die Landesverteidigung von der militärischen Lage abhängig und wollen sie beginnen, wenn die Russen an der Oder und die Franzosen am Rhein stehen. Ist hierüber in Gotha eine Einigung erzielt worden oder will man zur Landesverteidigung auch erst Stellung nehmen, wenn der Krieg vorbei ist?

Die Grundlinien der Organisation sind wesentlich dem sozialdemokratischen Organisationsstatut nachgebildet. Von Interesse ist unter anderem, daß der Zentralleitung oder ihren Mitgliedern nicht gestattet ist, in irgendeiner Form Eigentumsrechte an den geschäftlichen Unternehmungen der Partei, insbesondere den Parteizeitungen oder Druckereien zu erwerben. Ferner haben besoldete Mitglieder des Aktionskomitees nur beratende Stimme. Für wichtige Entscheidungen, die die Haltung der Partei für längere Zeit festlegen, werden Urabstimmungen der Mitglieder vorgesehen, jedoch mit dem bezeichnenden Vorbehalt: „vorausgesetzt, daß die technischen Möglichkeiten dazu vorhanden sind“.

Ein von der „Leipziger Volkszeitung“ am 14. April veröffentlichter schwülstiger Aufruf der „unabhängigen“ Zentralleitung prophezeit sich zwar, trotz des Volksurteils von Spandau-Osthavelland, daß Hunderttausende der Sonderpartei zufließen werden. Er behauptet auch sehr unrichtig, die Massen wieder auf den Weg der Liebknecht, Bebel und Marx zurückzuführen zu müssen. Er wiederholt auch beweislos die sachlich ganz haltlose und formell geschmacklose Unterstellung, daß die Sozialdemokratie zur „national-sozialen Regierungspartei“ geworden sei. Es wird auch zur Geldsammlung gemahnt und vom 5. bis 12. Mai ein Frauentag angekündigt. Von der Hauptfrage, den Mitteln, wie die Unabhängigen die Herbeiführung des Friedens beschleunigen wollen, liest man jedoch kein einziges Wort. Gerade deshalb wollten die Führer dieser Gruppe doch durch ihr Gewissen zur Spaltung der Fraktion und dem bis zur Spaltung der Partei durchgeführten Bruderkampf gedrängt worden sein.

— Erfolge bei den dänischen Kommunalwahlen. Das Gesamtergebnis der nunmehr beendigten kommunalen Wahlen in Dänemark zeigt einen großen Erfolg für die Sozialdemokratie des Landes. Abgesehen von einigen Städten ging die dänische Arbeiterpartei überall aus den Wahlen siegreich hervor. Die Stimmenzahl der Partei stieg von 123 303 im Jahre 1913 auf 139 750, also um 13 Prozent. In neun Städten gingen Mandate verloren, demgegenüber aber stiegen Gewinne in 39 Städten. Die Zahl der sozialdemokratischen Stadtverordneten beträgt nunmehr 287 gegen vorher 249. In sieben Städten, darunter die Hauptstadt, konnten die Arbeiter die Mehrheit im Stadtverordnetenkollegium erobern, wodurch die Zahl der dänischen Städte mit einer sozialdemokratischen Mehrheit auf 14 gestiegen ist. Von den abgegebenen Stimmen erhielt die Sozialdemokratie nicht weniger als 47 Prozent gegen 43 Prozent im Jahre 1913.

Polizei einschritt, kam es zu heftigen Kämpfen, wobei eine große Zahl von Personen verwundet wurde.

„Unlieb Preß“ meldet noch aus Buenos Aires: Bei dem ersten Zusammenstoß wurden fünf Personen getötet, später ist die Anzahl der Toten noch erheblich gewachsen. Beim Angriff des Pöbels auf die deutsche Gesandtschaft standen die Deutschen auf den Dächern und feuerten zur Verteidigung mit Revolvern und Gewehren auf die Pöbelmassen.

Politische Rundschau

Die Berufung auf die Feldgrauen.

Ein Kriegsteilnehmer und derzeitiger Kriegsinvalide schreibt dem „Vorwärts“:

Rechtslehrende Blätter gefallen sich in neuerer Zeit darin, die Forderung nach dem gleichen Wahlrecht in Preußen dadurch zu discredibilieren, daß sie diese als ein Verlangen der „Heimkrieger“, der nahezu gebliebenen in Redaktionen und Parteibureaus hinstellen, während die Feldgrauen draußen angründlich für diese Frage gar kein Interesse hätten. Als Kriegsinvalide muß ich gegen derartige Unterstellungen auf das schärfste protestieren. Zunächst ist gerade nach meinen und auch anderer Kameraden Beobachtungen das Interesse an diesen Dingen sehr groß.

Aber Johann — und das liegt mir am meisten am Herzen — soll man endlich mit der beleidigenden Unterstellung aufhören, als seien die, die hier zu Hause den politischen Kampf für gleiche Rechte aufnehmen, Heimkrieger und wüßten nichts von den Dingen draußen. Befinden sich doch nach fast drei Kriegsjahren wohl schon mehrere Hunderttausend heeresentlassene Kriegsinvaliden daheim. Diesen Leuten, die ihr volles Opfer an Gesundheit und Schmerz für Volk und Vaterland gebracht haben, wird man doch wohl erlauben, ein Wort über unsere inneren Angelegenheiten mitzureden. Wieviel Kriegsinvaliden sitzen aber nicht gerade heute auch in unseren Parteiredaktionen und Parteibureaus! Mir ist z. B. eine Partiredaktion bekannt (Chemnitz), von deren wenigen Mitgliedern vier ins Feld gegen. Drei von ihnen befinden sich heute als kriegsverletzte, entlassene Invaliden daheim und haben zum Teil sehr schwere Verstimmlungen davongetragen. Der vierte geriet — gleichfalls nach früherer schwerer Verwundung und zweijährigem Frontdienst — in englische Gefangenschaft. — Alle vier sind im Besitze von Kriegsauszeichnungen. Nehmlich liegen die Verhältnisse in anderen Redaktionen und Parteibureaus, wovon ich mich anlässlich einer Zusammenkunft sozialdemokratischer Kriegsteilnehmer vor mehreren Monaten überzeugen konnte.

Brauchen es sich diese Männer gefallen zu lassen, wenn sie in den ihnen anvertrauten Organen den Ruf nach dem gleichen Wahlrecht für Preußen erheben, daß sie als Heimkrieger verspottet werden und dies oft genug von Leuten, die selber noch keine Kugel haben spielen hören! Ich möchte einmal vorschlagen, eine Abstimmung unter den jetzt schon daheim befindlichen Kriegsinvaliden über die Wahlrechtsfrage zu veranstalten: Die Herren, die meinen, daß wir Selbstzugsteilnehmer kein Interesse am innerpolitischen Fortschritt hätten, würden vor Erstaunen über das Ergebnis Mund und Augen aufreißen.

Zur preussischen Wahlrechtsreform

äußert sich bemerkenswert das Zentralorgan der dänischen Partei „Sozialdemokraten“. Es wünscht daß die Reform schon während des Krieges kommen solle und meint zu dem kaiserlichen Wahlrechtsentsprechen:

„Wir betrachten auch den Inhalt nicht als zufriedenstellend, wenn er ist nicht klar und unzweideutig. Es wird wohl erklärt, daß in Preußen kein Platz mehr für Klassenwahlrecht sei, aber dies ist nicht gleichbedeutend damit, daß das Wahlrecht gleich und allgemein sein soll. Das gleiche und allgemeine Wahlrecht kann in mancherlei Weise gerade ohne das Klassenwahlrecht verhindert werden: und der Ausdruck in der Wahlrecht ist nicht zufällig, denn gerade nachdem der Ausdruck: das gleiche und allgemeine Wahlrecht sorgfältig umgangen ist, wird erklärt, daß das Wahlrecht geheim und direkt sein soll. Es sind dies selbstverständlich zwei ausgezeichnete und unentbehrliche Eigenschaften bei einem demokratischen Wahlrecht, aber in sich selbst schaffen sie nicht das demokratische Wahlrecht, das tun sie erst dann, wenn sie mit dem gleichen und allgemeinen Wahlrecht eine Verbindung eingehen können.“

Diese Stimme aus einem Lande, in dem die politische Demokratie vielleicht am stärksten in Europa entwickelt ist, fällt erheblich ins Gewicht.

Zur Wahlrechtsänderung in Preußen.

Nach einer parlamentarischen Nachrichtenstelle wird sich die bevorstehende Neuregelung des Wahlrechts in Preußen nicht nur aus dem Wahlverfahren beziehen. Es sollen auch die Wahlkreise neu einteilt werden, so daß die Neueinteilung den Bevölkerungsverhältnissen Rechnung trägt. Bisher wählten einige Wahlkreise zwei oder drei Abgeordnete. Wie bei den Reichstagswahlen soll künftig auf jeden Wahlkreis ein Abgeordneter kommen, um den bisher benachteiligten großen Städten und Industriebezirken zu ihrem Recht zu verhelfen.

Die kaiserliche Wahlrechtshoffnung

berichtet das Zentralorgan unserer österreichischen Genossen, die „Wiener Arbeiterzeitung“, sehr bemerkenswert so:

„Ein feierliches Bekenntnis zum demokratischen Fortschritt erteilt aus der Osterbotschaft, die Kaiser Wilhelm an das deutsche Volk gerichtet hat. Wie von den Menschen und wie von dem Deutschen, welche gesagt werden kann, sie haben im Kriege zugehört und unterlernt, so vom deutschen Kaiser. Eine neue Politik versucht Behnemann-Hollweg. Mit männlichem Ernst durch die ganze Kriegszeit verkündete er sie insbesondere in der letzten Rede im preussischen Abgeordnetenhaus als Ueberzeugung, die ihn ganz erfüllt. Zu seinen Grundzügen spricht der Kaiser nun seine Billigung aus. Aber man hat das Gefühl, daß der Kaiser nicht bloß der Politik seines ersten Ratgebers zugestimmt, sondern daß sie die Quelle vor allem in seinem Willen hat.“

Zur preussischen Polenfrage.

Der Deutsche Ostmarkenverein hatte unlängst erklärt, aus den veränderten politischen Verhältnissen die notwendigen Folgerungen in dem Verhalten gegenüber den Polen in Preußen ziehen zu wollen. Dieser Verein teilt jetzt in einer neuen Rundgebung mit, „die Hoffnung auf eine Sinnesänderung der Polen gegenüber Deutschland sei abgerufen gewesen. Die abwartende Haltung der Polen auf den Ausgang des Krieges, die kühle Aufnahme deutscher Siege, ihre Zurückhaltung bei Zeichnungen der Kriegsanleihe und insbesondere die Ablieferung der Lebensmittel, die Erklärungen der polnischen

Abgeordneten im preussischen Landtage und anderes hätten keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Polen überall noch wie vor an ihrem Wunschen und Streben nach einem unabhängigen, alle Polen vereinigenden polnischen Staate festhalten, daß also nach wie vor die Richtung ihrer Politik der Lebensnotwendigkeit des Deutschen Reiches widerspricht. Der Deutsche Ostmarkenverein widerspricht daher einer Aenderung der deutschen Politik in der Ostmark.“

Eine Sinnesänderung der Polen in Preußen wird erst eintreten, wenn sie als vollkommen gleichberechtigte Staatsbürger behandelt werden und wenn ihnen die Möglichkeit gegeben wird, ihre kulturellen Angelegenheiten in voller Freiheit zu ordnen. Dazu bedarf es zunächst der Aufhebung des Sprachenparagrafen als eines ersten, aber nicht letzten Zugeständnisses an die berechtigten Wünsche des Teils der polnischen Nation, der dem preussischen Staate angehört.

13 Milliarden Kriegsanleihe

Berlin, 18. April. Das Ergebnis der sechsten Kriegsanleihe beträgt nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen ohne die zum Umtausch angemeldeten älteren Kriegsanleihen 12 770 Millionen Mark. Kleine Teilanzeigen stehen noch aus. Uebrigens sind die Zeichnungen der Feldtruppe, für welche die Zeichnungsfrist erst im Mai abläuft, in der Summe nur zum Teil enthalten. Schon jetzt steht außer Zweifel, daß durch die Gesamtzeichnungen auf alle sechs Kriegsanleihen die Summe von 60 Milliarden überschritten wird. Was niemand für möglich gehalten hätte, ist eingetroffen. Das Ergebnis der bisher erfolgreichsten dritten Kriegsanleihe ist um 700 Millionen geschlagen. Diese gewaltige Kraftäußerung erbringt den klaren Beweis dafür, wie ungebrochen Deutschland auch auf wirtschaftlichem Gebiete nach fast drei Kriegsjahren dasteht. Sie legt zugleich ein glänzendes Zeugnis ab für die unerschütterliche Entschlossenheit des deutschen Volkes, den Krieg siegreich durchzuführen, und für seine sichere Zuversicht auf einen vollen Erfolg. (W. L. B.)

Trotz der noch ausstehenden Nachträge und Feldzeichnungen hat die Anleihe alle früheren übertroffen. Die Kriegsanleihen ergaben folgende Summen:

| | |
|----------------------------------|-----------------------|
| 1. Anleihe September 1914 | 4 460 Millionen Mark. |
| 2. „ März 1915 | 9 061 „ |
| 3. „ September 1915 | 12 101 „ |
| 4. „ April 1916 | 10 712 „ |
| 5. „ Oktober 1916 | 10 561 „ |
| 6. „ April 1917 vorläufig | 12 770 „ |
| insgesamt 59 655 Millionen Mark. | |

Bewegung der Berliner Arbeiter.

Berlin, 16. April. Die Abendblätter melden: Heute vormittag fanden mehrfach Arbeiterversammlungen statt, in denen die Lebensmittelfrage und Politik besprochen wurden. Unter den Teilnehmern waren überall die Frauen sehr zahlreich. Nach den Versammlungen bildeten sich Züge, hauptsächlich aus jungen Burshen und Mädchen, die nach dem Innern der Stadt sich bewegten. U. a. zog der Zug am Schloß vorbei und durch die Straße Unter den Linden. Auf dem Schloßplatz wurde mittags die aufziehende Wache mit Hurraufen begrüßt. Die Demonstranten zeigten überall eine sehr ruhige Haltung, so daß die Polizei nicht einzuschreiten brauchte. Die bei weitem überwiegende Mehrheit der Berliner Arbeiterschaft lehnte eine Beteiligung überhaupt ab, da sie sich überzeugt hatte, daß dafür gesorgt ist, daß anstelle der ausfallenden Brotmenge verstärkte Fleisch- und Kartoffellieferung erfolgt. (W. L. B.)

Berlin, 16. April. In einem Teil der Metall-, Holz- und Transportbetriebe Groß-Berlins wurde heute die Arbeit eingestellt. In anderen Betrieben dieser Art, insbesondere den großen Munitionsfabriken, wird ohne Stockung und vollständig weitergearbeitet. Der geschäftliche Verkehr Groß-Berlins wird durch diese vereinzelten Arbeitseinstellungen in keiner Weise berührt. Auch die Hochbahn und die Straßenbahn verkehren völlig jahresplanmäßig, so daß das Berliner Straßenbahn keinelei Aenderung aufweist. (W. L. B.)

Darstellung der Berliner Presse.

Die „Berliner Zeitung am Mittag“ berichtet: „Sehr zahlreich besuchte war die Versammlung im Gewerkschaftshaus. Die Vertrauensleute erstatteten Bericht über die Verhandlung der Odmänner mit den Vertretern der Regierung in der Lebensmittelfrage. Es wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Regierung ihre Versprechungen einlösen wird. Im übrigen wurde zur Ruhe gemahnt.“

In Spandau machte sich die Streikbewegung fast gar nicht bemerkbar; die Arbeit war in allen Betrieben in vollem Gange.

Das „Berliner Tageblatt“ weiß zu berichten: „Die Demonstranten bewahrten überall eine sehr ruhige Haltung. Sie führten weder Fahnen bei sich, noch äußerten sie auf dem Wege ihre Wünsche durch laute Rufe. Nur hier und da wurde vorübergehenden Arbeitern zugerufen: „Kommt mit uns!“ Nach die Polizei bewachte eine sehr verständige Zurückhaltung. Man ließ im allgemeinen die Streikenden ruhig gewähren.“

Eine weitere Aeußerung des Wolffschen Bureau teilt mit, daß sich ungefähr 125 000 Metallarbeiter an der Arbeitsniederlegung beteiligten, während sie in weit größerem Umfange geplant war.

Zur Berliner Bewegung

schreibt das „Berliner Tageblatt“ am 17. April abends:

Die Vertreter der Gewerkschaften, insbesondere auch des Metallarbeiterverbandes, hatten gestern nachmittag eine längere Besprechung mit Oberbürgermeister Dr. Wermuth und dem preussischen Staatskommissar für Ernährungsfragen, Dr. Michaelis. Dabei wurden die Zusagen, die die Regierung hinsichtlich der Verpflegung in den kommenden Wochen bereits in der Freitagkonferenz im Berliner Rathaus gemacht hat, im einzelnen nochmals durchgegangen und näher umschrieben, so daß nunmehr die Vorbedingungen für die Aufklärung der Arbeitererschaft über den Stand der Kriegsernährungsfragen in der nächsten Zeit festgelegt sind. Man darf hoffen, daß eine Einigung baldigst erzielt und die Arbeit in kürzester Frist überall wieder aufgenommen werden wird.

In den Arbeiterversammlungen, die im Laufe des gestrigen Tages stattfanden, herrschte eine ruhige Stimmung. Die allzu heftigen Redner wurden nicht gehört. Die Versammlungsleiter zeichneten sich durch außerordentliche Besonnenheit aus. Vor den Werken, in denen Streiks ausgebrochen waren, standen vereinzelte Gruppen von Arbeitern und Arbeiterinnen. Sie ließen die Streikbrecher, die von der Arbeit kamen, in Ruhe passieren. Der Regen, der am Nachmittag einsetzte, und die unfreundliche kühle Witterung beeinträchtigten die ganze Bewegung nicht unerheblich.

Es wurden anlässlich des Streiks gestern 15 Verhaftungen vorgenommen, die durchweg Leute von 16 bis 20 Jahren betrafen. Dießens handelte es sich bei ihnen um grobe Ausschreitungen. Hier und da hatte sich das Rowdytum eingemischt und einige Fenster-

schäden eingeschlagen. Das war besonders bei einem Saal in der Friedrichstraße, einem Lokal der „Linden“ und an ein oder zwei anderen Stellen geschehen. Dieselben Elemente — lauter halbbrühige Burshen — haben auch in einem Bäckerladen in der Zimmerstraße u. a. noch an zwei oder drei Punkten der Stadt Heldenleben verübt.

Nach einer Wolff-Meldung von heute früh ist die Streikbewegung gestern abend beendet. Heute wurde die Arbeit überall wieder aufgenommen.

Zu den Plänen der Entente

auf Erregung innerer Unruhen in Deutschland schreibt der „Vorwärts“ mit vollem Recht:

Der Gedanke, daß eine feindliche Agententätigkeit in Deutschland entfaltet werden könnte, ist phantastisch. Richtig aber ist, daß innere Unruhen in Deutschland in diesem Augenblick das sozialistische Friedenswerk gründlich zu stören geeignet wären. Die andere Hoffnung, in Deutschland würde es in einigen Monaten zu ähnlichen Ereignissen kommen wie in Rußland, könnte das schon nahe scheinende Kriegsende abermals hinauszußern und Hunderttausenden auf dem Schlachtfeld das Leben kosten. Wer Vernunft und Gewissen hat, wird sich darum heute ganz besonders nach der Wirkung dessen fragen, was er tut oder zu tun unterläßt.

Stürmische Wahlrechtsforderung im ungarischen Parlament.

Budapest, 12. April. Abgeordnetenhaus. Als vor der Eröffnung der Sitzung der Ministerpräsident mit den übrigen Ministern den Sitzungsraum betrat, brach die Opposition in den stürmischen Ruf aus: „Es lebe das allgemeine gleiche Wahlrecht!“ „In diesem Hause darf von nichts anderem mehr gesprochen werden als vom Wahlrecht!“ Als der Präsident die Sitzung eröffnen wollte, vergrößerte sich der Lärm der Opposition, wobei Unterbreitung der Wahlrechtsvorlage gefordert wurde. Der Präsident suspendierte die Sitzung. Bei der Wiedereröffnung wiederholten sich die Lärmereien, so daß der Präsident die Sitzung wieder suspendierte. Nach kurzer Unterbrechung wurde die Sitzung von neuem eröffnet. Der Ministerpräsident unterbreitete inmitten des Lärms ein königliches Handschreiben, wodurch das Abgeordnetenhaus verlagert wird. Das Handschreiben wurde von der Rechten mit Eisenrufen aufgenommen.

Der Prozeß gegen Dr. Fritz Adler.

Aus Wien wird gemeldet: Das Untersuchungsverfahren gegen den Mörder des Grafen Stürgkh, Dr. Friedrich Adler, ist abgeschlossen. Adler ist durch ein Fakultätsgutachten der Wiener medizinischen Fakultät als geistig normal erklärt worden. Der Prozeß wird im Mai stattfinden.

Der neue Kriegsminister.

Der Kaiser ernannte den General der Infanterie Stoeger-Steiner von Steinstätten zum gemeinsamen Kriegsminister. Am Kriege nahm er als Kommandant einer Infanteriedivision teil und wirkte an dem siegreichen Vordringen im südlichen Polen mit.

Steigende Ernährungsnot.

Amsterdam, 17. April. Die „Times“ vom 9. April schreibt: Daß in London die Leute Polonaise stehen, um Kartoffeln oder Koffen zu kaufen, war man schon gewohnt, seit dem 7. April geschichts auch um Brot zu kaufen. Der Mangel wird jetzt schon empfunden. — So schlägt der Krieg seine eigenen Urheber. Wer hätte je denken können, daß das überbeherrschende Albion, das stets Weizen und Fleisch bei billigen Preisen im Ueberfluß besaß, solche Not kennen lernen würde. Unverständlich bleibt, daß trotz dieser Wirkungen, die das arme Volk am schwersten treffen, die große Mehrheit der englischen Arbeiterführer immer noch den imperialistischen Eroberungskrieg unterstützen.

Die russische Umwälzung.

Achtstundentag in Petersburg.

Kopenhagen, 17. April. „Politiken“ gibt folgende Stockholmer Meldung aus Petersburg wieder: Zwischen dem Arbeiter- und Soldatenrat sowie der Petersburger Fabrikantenvereinigung wurde ein Abkommen getroffen über die Einführung des Achtstundentages und eines Schlichtungsgerichts für Arbeitsstreitigkeiten. In den Werkstätten der finnischen Staatsbahnen wird vom 21. April ab der Achtstundentag eingeführt. Sonnabends wird nur sieben Stunden gearbeitet. Die Löhne werden derart erhöht werden, daß sie trotz des kürzeren Arbeitstages die gleiche Höhe behalten.

Die Sozialisten und der Krieg gegen Deutschland.

Wien, 13. April. („Kriegztg.“) Die russischen Sozialisten und der Soldatenverband haben eine Resolution gefaßt, wonach der Krieg mit Deutschland in dem Augenblick aufhören müsse, in dem Rußland die Ueberzeugung haben werde, daß Deutschland die Reaktion in Rußland nicht unterdrückt. Jedenfalls muß die russische Regierung die Entente schon heute verständigen, daß Rußland geneigt sei, einen ehrenvollen Frieden zu schließen.

Das Vermögen des Zaren Staatseigentum.

Kopenhagen, 13. April. Einer Petersburger Drahtung zufolge bestimmte die Regierung, daß nicht allein die sogenannten Upanageomänen, sondern auch die dem Zaren persönlich gehörenden Domänen, Fabriken, Männen usw. als Staatseigentum erklärt werden sollen. Bezüglich des Privatvermögens des Zaren sei noch keine Bestimmung getroffen. Das verfügbare Kapital des Zaren soll jedoch nicht beschlagnahmt werden. Zur Rettung der Ausgaben für die Unterhaltung der Zarenfamilie soll eine neue Steuer aufgestellt werden.

Sozialdemokratische Minister in Rußland

Kopenhagen, 18. April. „Berlingske Tidende“ meldet aus Petersburg: Es steht nun fest, daß der sozialdemokratische Führer Tscherekeski, der aus der Verbannung in Sibirien zurückgekehrt ist, in die provisorische Regierung als Arbeitsminister eintreten wird, während Plechanoff zum Minister ohne Portfeuille als besonderer Vertrauensmann der Sozialdemokraten in der Regierung ernannt werden wird.

Auf dem Wege zur einzigen Sozialdemokratie

Petersburg, 18. April. (Meldung der Petersb. Telegr.-Agentur.) Der Sozialist Lenin, der am 16. April aus dem Auslande nach Petersburg zurückgekehrt ist, nahm an einer Versammlung von Vertretern sozialdemokratischer Organisationen aller Richtungen teil, die einberufen war, um die Fragen der Wiedergeburt aller sozialdemokratischen Strömungen zu besprechen. Lenin übte Kritik an dem Programm aller sozialdemokratischen Organisationen und forderte zur Schaffung einer neuen sozialistischen und kommunistischen Organisation anstelle der zerfallenen Sozialdemokratie auf. Zahlreiche Redner der Mehrheit und Minderheit sprachen sich gegen die von Lenin vertretenen Grundzüge aus. Schließlich nahm die Versammlung mit großer Mehrheit den Beschluß auf Einberufung eines allgemeinen Kongresses aller sozialdemokratischen Organisationen an.

Dieses vorzügliche russische Beispiel sollten auch in Deutschland alle, die es angeht, auf sich wirken lassen.

Großfürst Nikolai vor das Kriegsgesicht.

Wie der „Römisches Zeitung“ über Kopenhagen aus Petersburg gemeldet wird, beschloß die vorläufige Regierung, den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch vor ein Kriegsgesicht zu stellen, weil er als ehemaliger Oberbefehlshaber des russischen Heeres die schwere Niederlage bei den Masurischen Seen verschuldet habe.

Friedensvorbereitung.

Die deutsche Sozialdemokratie Österreichs an die Sozialdemokraten Rußlands.

Der Vorstand der deutschen Sozialdemokratie in Österreich ließ den russischen Sozialisten, nach dem „Vorwärts“, durch Vermittlung des Internationalen Sozialistischen Bureaus folgende Erklärung zugunsten:

Die deutschen Sozialdemokraten in Österreich begrüßen mit größter Freude und Genugtuung das heldenmütige Eingreifen des sozialistischen Proletariats Rußlands in die revolutionäre Bewegung, die unsere Genossen mit bewundernswürdiger Energie und mit hoffentlich stets wachsendem Erfolg in die Bahnen des Kampfes für Freiheit und Frieden zu lenken bemüht sind. Ueber alle Grenzen hinweg reichen wir unseren russischen Genossen die Hand und wünschen sehnlich, daß ihr Kampf den gequälten Völkern Europas den Frieden bringe, und daß der Sturz des zarischen Absolutismus die demokratische Entwicklung Europas, die Ueberwindung der Mächte der Reaktion entscheidend fördere. Wir wünschen der Sozialdemokratie Rußlands den Sieg über die kriegsführenden Elemente, die derzeit auch innerhalb der revolutionären Bewegung mächtigen Einfluß zu haben scheinen.

Zugleich spricht der Vorstand der deutschen Sozialdemokratie in Österreich die ernste Erwartung aus, daß die Regierungen der Zentralmächte ihre wiederholt von ihnen betonte Friedensbereitschaft unter den dem Frieden nunmehr weit günstiger gewordenen Bedingungen offen betunden und wirksam betätigen werden.

Internationale sozialistische Friedenskonferenz

Kopenhagen, 18. April. Hiesige Blätter berichten auf Grund von Meldungen aus Holland und Stockholm, daß die bevorstehende Stockholmer internationale Sozialistenkonferenz den Charakter einer inoffiziellen Friedenskonferenz haben werde, an der sowohl Vertreter der sozialistischen Mehrheit wie der Minderheitsgruppen aller Länder, vielleicht mit Ausnahme Englands, vertreten sein werden.

Das Kriegsdrama nähert sich dem Ende. Neukierung des Grafen Czernin.

Wien, 14. April. Minister des Aeußern Graf Czernin richtete an den Bürgermeister von Wien ein Schreiben, worin er zunächst herzlichen Dank für die ihm gewidmeten Worte ausdrückt und sodann fortfährt: Das Bewußtsein, daß die Bevölkerung Wiens und, wie ich glaube, die der ganzen Monarchie, meine Politik billigt, gibt mir die Sicherheit, auf dem eingeschlagenen Wege fortzufahren. Das furchtbare Drama des Weltkrieges nähert sich seinem Ende, und dieses Ende wird ein für die Monarchie ehrenvoller Frieden sein, weil die Völker Österreich-Ungarns in fast dreißährigen Ringen bewiesen haben, daß sie niemals zu besiegen oder zu vernichten sind. Vor ihrer Kraft und Größe verblaßt der Heroismus der Antike. Die heutige Generation wird in der Geschichte fortleben. Noch Geschlechter ferner Jahrhunderte werden mit Ehrfurcht und Bewunderung von denen sprechen, die im furchtbaren Kriege aller Zeiten Dasein und Ehre der Monarchie erfolgreich verteidigt und deren Entwicklung für alle Zukunft gesichert haben.

Französische Sozialisten für Friedensbesprechungen.

Karlsruhe, 18. April. („Berl. Tagebl.“) Nach Genfer Blättern ergab eine Listenabstimmung der französischen Sozialisten fast eine Stimmeneinheit für die Aufnahme von Friedensbesprechungen.

Sozialistische Friedensbemühungen.

Rotterdam, 17. April. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet: Der holländische Sozialistenführer Troelstra wird morgen früh nach Stockholm abfahren. Die Reise steht in Verbindung mit den Besprechungen, die, wie man annimmt, dort über den Frieden abgehalten werden. „Het Volk“ meldet, daß auch die Sozialisten van Kol, Albarba und Huysmans bald nach Stockholm gehen werden. Nach einigen Tagen werde Wibaut folgen.

Die amerikanische Sozialdemokratie für den Frieden.

Kopenhagen, 17. April. Das einzige sozialdemokratische Mitglied des amerikanischen Kongresses, der in Neuyork gewählte Meyer-London, stimmte, wie vorausgesehen war, gegen den Krieg. Vor der Abstimmung brachte er eine Resolution ein, worin Wilson aufgefordert wurde, seine frühere Tätigkeit wieder aufzunehmen, statt für den Krieg zu arbeiten.

Borgbjergs Friedensreise.

Kopenhagen, 17. April. „Sozialdemokraten“ berichten aus Stockholm: Die chauvinistische Presse Petersburgs drängt die Regierung, dem dänischen Sozialistenführer Borgbjerg die Reise nach Rußland zu verbieten, und erklärt, Borgbjerg bezeichnet Rußland als halbbarbarisches Land, das deutsche Kultur brauche. Sie veröffentlicht eine Reihe ähnlicher Äußerungen, die augenscheinlich aus der englischen Northcliffepresse stammen und tendenziöse Anschuldigungen dänischer Chauvinistenblättern verschärft wiedergeben.

Stauung über Sonder- und Weltfrieden.

Kopenhagen, 16. April. In einer sozialistischen Frauenversammlung hielt der sozialdemokratische Parteiführer Stauning eine Rede, worin er ausführte, daß man den Wunsch erweckt habe, als ob die deutsche Sozialdemokratie mit Kopenhagen als Zwischenglied sich bemühe, um einen Sonderfrieden zwischen Rußland und Deutschland herbeizuführen. Solche Bestrebungen beständen aber nicht und würden auch wenig verständlich sein. Wir wünschen, sagte der Minister weiter, nicht zu einem Sonderfrieden zwischen Rußland und Deutschland beizutragen, nach dem der Krieg noch furchtbarer an anderen Stellen ausbrechen würde. Aber wir wünschen zu einem allgemeinen Weltfrieden beizutragen und behalten uns das Recht vor, jegliche Tätigkeit zu entfalten, die nach unserer Ansicht uns diesem Ziele näherbringen kann. Ich weiß, daß die deutsche Sozialdemokratie die Wünsche bezüglich des allgemeinen Friedens teilt. Man ist sich ganz klar darüber, daß ein Sonderfrieden von geringem Werte ist und wünscht deshalb eine Verständigung zwischen den Völkern herzustellen, die den Weg zu einem Frieden anbahnen kann, so wie alle Völker ihn wünschen.

Schweizerische Urteile über russische Friedensgeneigtheit.

Zürich, 12. April. Die Schweizer Zeitungen, insbesondere der „Tend“ und die „Zürcher Post“, vom 11. April führen zu der Proklamation des Fürsten Lwow an, sie werde für die Entwicklung der Friedensfrage von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein und ein Tor für den Frieden im Osten. Die Ansichten Miljutows hätten anscheinend in der provisorischen Regierung keine Mehrheit errungen. Miljutow dürfte nur als vorübergehende Erscheinung im russischen Ministerium des Aeußern anzusehen sein.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl, Danzig.

Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig

Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg 1

Prüfungs- und Einsegnungs-Anzüge
sowie
Einsegnungs-Kleider
empfehlen
Holzmarkt
Ertmann & Perlewitz, Nr. 23, 25, 26

Edel
getrocknet
garant. rein.
Schnupftabak offeriert
Julius Gosda, Kohltabakgroßhandlung
und Schnupftabakfabrik
Danzig, Ecke Häfergasse 5 u. 2, Drieffergasse 5. Fernspr. 2428

Wochenplan des Danziger Stadttheaters.
Kreitag, den 20. April, 7 Uhr: „Margarete“, von Schopenhauer, Musikal. des Herrn Nikolaus Schwarz vom Stadttheater
Polen als Gast a. G.
Freitag, den 21. April, 7 Uhr: „Die verkaufte Braut“, Oper von Smetana.
Samstag, den 22. April, 7 Uhr: „Der seltsame Wald“, von Verdi.
Sonntag, den 23. April, 7 Uhr: „Der Freischütz“, von Weber.
Montag, den 24. April, 7 Uhr: „Die Räuber“, von Schiller.
Dienstag, den 25. April, 7 Uhr: „Der Freischütz“, von Weber.

Notizbücher, Kartenbriefe = Feldpostkarten
Briefpapier = Tintenstifte
und andere Schreibmaterialien kaufen Sie sehr vorteilhaft in der
Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32

Der wahre Jakob Farbige illustrierte Zeitschrift für Humor und Satire
Alle anderen Werke, Bücher und Zeitschriften erhältlich
Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32.

Gewerkschaftskartell Danzig
Sonntag den 22. April 1917, nachm. 2 Uhr,
im Lokale der Ostbahn in Ohra
Oeffentliche
Versammlung
Tagesordnung:
Ernährungsfragen.
Da in dieser Versammlung für die arbeitende Bevölkerung sehr wichtige Fragen besprochen werden sollen, ist vollzähliges Erscheinen unbedingt notwendig.
Der Kartellausschuss.
I. A.: R. Jäpel.

Das Recht
während
des Krieges
und dem Gesetz über den
Vaterländischen
:: Hilfsdienst ::
Preis 40 Pfennig
Ein Buch, das Auskunft gibt über Familienunterstützung, Wöchnerinnenunterstützung, Kaufverträge, Miete, Abzahlungsgeschäfte, Arbeitsvertrag, Familienrecht, Arbeiterversicherung, Angestellten-Versicherung, Zahlungsfristen u. v. a. Fragen, die das Rechtsverhältnis betreffen
Buchhandlung Volkswacht
Danzig
Paradiesgasse 32
Gute Volks- und Jugendbücher
zum Preise von 10-50 Pfennig empfiehlt
Buchhandlung Volkswacht
Danzig, Paradiesgasse 32.

Uhren
mit 3jähriger schriftl. Garantie
Große Auswahl
in silbernen u. goldenen Damen- u. Herrenuhren
Weseruhren in allen Preislagen
S. Lewy Nflgr.
Uhrmacher, nur Breitgasse 28.

Trauer-
Hüte
in
reicher
Auswahl.
Blusen
Handschuhe
zu billigsten
Preisen.
Julius
Goldstein
Lawendelgasse 4, gegenüber der Markthalle.